

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erläutert, wie die Arbeitslosigkeit die bundesrepublikanischen Haushalte verändert; Sparen in der Beschäftigungspolitik schlägt zurück. Seite 1

Vera Rüdiger MdL gibt eine Vorschau auf die bevorstehende Bundesratssitzung; Gegen den politischen Rückschritt. Seite 4

Dokumentation

Stellungnahme des SPD-Präsidiums zu den Wahlprüfsteinen des DGB. Seite 6

38. Jahrgang / 23

2. Februar 1983

Sparen in der Beschäftigungspolitik schlägt zurück

Arbeitslosigkeit verändert die bundesrepublikanischen Haushalte

Von Helmut Rohde MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die morgen von Stingl veröffentlichten Nürnberger Zahlen werden einen neuen Abschnitt der Arbeitslosigkeit einleiten. Nachdem sie Anfang des Jahres sprunghaft auf 2,5 Millionen gestiegen ist, wächst die Gefahr, daß sich die Bundesrepublik 1983 der Drei-Millionen-Marke nähern wird. Die Fachleute nennen für diese Sorge wirtschafts- und beschäftigungspolitische Anhaltspunkte.

Tatsächlich ist heute schon die Zahl der Betroffenen, Familienangehörige und junge Menschen eingeschlossen, weit höher als die Angaben in der amtlichen Statistik. Nachdem sie sich in den letzten Monaten so rapide nach oben entwickelt haben, werden sich die Finanzrechnungen des Bundes verändern. Die Arbeitslosigkeitsgefahren werden 1983 in allen Haushalten stärker zu Buch schlagen, als im vergangenen Herbst zugegeben wurde.

Die Fachleute in den Arbeits- und Finanzressorts der Bundesregierung wissen das zwar. Die Ressortspitzen aber schweigen sich vor dem 6. März darüber aus. Sie wollen sich vorbehalten, erst nach dem Wahltag in die Finanzgrundlagen einzugreifen. Sie reden von "Aufschwung", obwohl der beschäftigungspolitische Abschwung zur großen Sorge für 1983 geworden ist. Folgendes Bild zeichnet sich ab:

1. Die Finanzrechnung von Minister Stoltenberg wird 1983 von wachsender Arbeitslosigkeit, ihren direkten und indirekten Auswirkungen, überholt. Das reicht bis in die Gemeinden hinein.

Wenn die Arbeitslosigkeit um 250.000 Betroffene höher steigt, als im vergangenen Herbst veranschlagt, dann werden die zusätzlichen Ausgaben allein für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe über drei Milliarden DM hinausgehen. Hinzu kommen die Ausgaben für wachsende Kurzarbeit.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Freiwilliger Übergang
zum recycelten Papier
Recycling-Papier



Die bereits im letzten Herbst im Bundestag geäußerte Befürchtung, daß der Verzicht auf konkrete Beschäftigungspolitik die Nettokreditaufnahme des Bundes 1983 von bisher 41 Milliarden DM auf 50 Milliarden DM treiben wird, nimmt zu. Der Rekordstand der Arbeitslosigkeit seit Bestehen der Bundesrepublik läßt befürchten, daß sie wie in den USA von einem rapiden Anstieg der öffentlichen Verschuldung begleitet wird. Die Formeln konservativer Politik setzen sich immer mehr auch in Bonn durch: Gegnerschaft gegen konkrete Beschäftigungshaushalte und ihre Finanzierung, wachsende Arbeitslosigkeit und Defizite, Nachfrageverfall und wirtschaftlicher Abstieg, mangelhafte Industriepolitik bei technologischem Wandel, einseitige Begünstigung hoher Einkommen und steigende Rüstungslasten.

2. Die direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit drehen "Sparakte" der Regierung um. Das ist die eigentliche Wende. Daß die Regierung bewußt im Herbst an konkreter Beschäftigungspolitik gespart hat, schlägt jetzt mit wachsender Arbeitslosigkeit finanzwirtschaftlich zurück.

Der Druck auf Massen- und Sozialeinkommen und damit auf die Nachfrage wird zum Hauptkrisentreiber '83. Die Bundesregierung wiederholt Fehler der 30er Jahre: mit vergleichbarer Politik, mit ähnlichen Parolen und mit Wahlkampfverunglimpfungen. Bonn ist sicher nicht Weimar, aber die politische und wirtschaftliche Rolle der Konservativen angesichts wachsender Massenarbeitslosigkeit ähnelt einer "Wende" nach rückwärts.

3. Die Bundesressorts werden es zwar leugnen, aber die Fachleute sind sich sicher, daß die gegenwärtige Wirtschafts-, Einkommens- und Arbeitsmarktpolitik zum Verlust von sozialer Sicherheit und Sozialstaatlichkeit führen wird. Das droht in allen Zweigen der Sozialversicherung. Eine politische Wünschelrute würde im Kabinett wie wild ausschlagen - so viele Wahrheiten halten die Ressorts im Keller versteckt.

Zunächst wird die Alterssicherung in Bedrängnis geraten. Die Bundesregierung schiebt die Rentenanpassung um ein weiteres halbes Jahr auf insgesamt eineinhalb Jahre Verzögerungszeit hinaus. Das soll eine Dauereinrichtung bleiben. Auch 1984 soll die Rentenanpassung erst im Juli erfolgen. Gleichzeitig soll der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner in kurzer Zeit steil ansteigen. Das heißt, das Rentenniveau kommt unter Druck. Darüber hinaus hat der Arbeitsminister im Januar durchblicken lassen, daß nach dem 6. März noch weitere Eingriffe in die Rentenversicherung erfolgen sollen. Arbeitslosigkeit, Lohnpausendruck und staatlicher Eingriff in die Rentenfianzen schlagen zu Buch. Was Blüm tatsächlich beabsichtigt, sagte er allerdings nicht. Inzwischen werden erst einmal CDU-Wahlblätter durch die Türschlitze gesteckt: "Die Renten sind sicher." Aber die Wahrheit läßt die Union im Keller.

4. Ungeduldige und aufflammende Forderungen der Ärzte und anderer Anbieter im Gesundheitswesen bestätigen, daß damit neuer Finanzdruck auf Kassen und Patienten zukommt. Blüms Wahlauftritte vor der Ärzteschaft verwelken. Aus den Erklärungen und Absichten der Regierung geht hervor, daß sie den aus Interessentenegoismus und Arbeitslosigkeit erwachsenden Finanzdruck in eine zunehmende Kostenbeteiligung der Versicherten im Krankheitsfalle umleiten will.
5. Diese Prozesse werden sich auch auf die Gemeinden auswirken. In dem Maße, in dem bei der Sozialversicherung vor allem die unteren Leistungen stagnieren, zurückgehen oder gekürzt werden, sind immer mehr Menschen auf ergänzende gemeindliche Sozialhilfe angewiesen. Der Druck auf Sozialversicherung und öffentliche Förderung (Wohn-geld und Ausbildungshilfe) verlagert sich auf die Gemeindehaushalte und führt zusätzlich auch zu arbeitsmarktpolitischen Defiziten.



6. Die Bundesregierung weigert sich, wirksame Konsequenzen aus dem letzten Berufsbildungsbericht zu ziehen. Die Gefahren der Jugendarbeitslosigkeit im Gefolge eines unzureichenden Angebots berufsqualifizierender Möglichkeiten wachsen. Fachleute halten die Aussicht für so "düster wie seit Jahren nicht". Es ist nicht nur sozial und menschlich belastend, sondern von der Regierung auch wirtschaftlich töricht, ausgerechnet die berufsqualifizierende Ausbildungshilfe für Schülerinnen und Schüler zu streichen. Wachsende Jugendarbeitslosigkeit kann nicht als Sparakt deklariert werden.

7. Es war falsch und verhängnisvoll, daß die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP im vergangenen Herbst den sozialdemokratischen Beschäftigungshaushalt, seine Finanzierungsvorschläge sowie die Arbeitszeitinitiativen und die Warnungen vor sozialer Ungerechtigkeit im Bundestag abgelehnt haben. Der damalige Koalitionsbeifall für den sich höhnisch gebenden Minister Lambsdorff prallt jetzt auf wachsende Arbeitslosigkeit. Konkrete Befürchtungen und Forderungen werden beiseite geschoben. Die Regierung redet im Wahlkampf leichthin vom "Aufschwung", riskiert mit ihrer Politik aber nach dem 6. März weiteren beschäftigungspolitischen Abstieg. Die Konservativen erinnern an Ihre geschichtlichen Verirrungen. Lambsdorff ist zum Paten dieser Politik geworden.

Man ist keine Regierung der Mitte, wenn Arbeit und soziale Sicherheit weggleiten.
Dann ist man wieder beim Abrutschen nach rechts. (-/2.2.1983/ks/ca)

+ + +



Gegen den politischen Rückschritt

Der Bundesrat diskutiert die Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnung

Von Dr. Vera Rüdiger

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Zu einer kontroversen politischen Debatte wird es am kommenden Freitag im Bundesrat wegen des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes kommen, das den Auftakt der Bundesratssitzung bildet. Mit Sicherheit ist absehbar, daß der auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossene und zur Debatte stehende Entwurf im Bundesrat die Mehrheit mit den Stimmen der unionsregierten Länder finden wird. Die sozialdemokratisch regierten Länder lehnen die Neuregelung ab, weil die förmliche Gewissensprüfung nicht abgeschafft und der Zivildienst trotzdem erheblich verlängert wird. Sie befinden sich in ihrer ablehnenden Auffassung in Übereinstimmung mit zahlreichen Verbänden, Organisationen und den Kirchen, die ihre entschiedene Ablehnung bereits unübersehbar deutlich in einem Hearing des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit zum Ausdruck gebracht haben.

Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen vertreten die Auffassung, daß die von der Mehrheit des Bundestages überhastet beschlossene Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung einen politischen Rückschritt darstellt, der sich auf die so oft zu Recht beklagte Distanz vieler junger Menschen zu den Institutionen und Normen unseres Staates verhängnisvoll auswirken dürfte. Es besteht kein Zweifel daran, daß die gegenwärtig bestehende Regelung von allen Betroffenen, aber auch von den Verantwortlichen als unbefriedigend angesehen wird. Der von der Rechtskoalition verabschiedete Entwurf leistet jedoch keinen Beitrag zur Verbesserung, sondern in mehrfacher Hinsicht zur Verschlechterung der Lage. Zunächst kann keine Rede davon sein, daß das Gesetz die Gewissensprüfung abschafft. Es bleibt bei einer unstrittenen amtlichen Gewissensprüfung, wenn das Bundesamt für den Zivildienst nach dem "Gesamtvorbringen des Antragstellers" und den ihm "bekannten äußeren Tatsachen Zweifel an den Angaben des Antragstellers" hat. Die Notwendigkeit einer persönlichen, ausführlichen Darlegung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung wird in der Praxis zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Außerdem steckt in diesem verlangten schriftlichen Verfahren die Gefahr einer Bevorzugung von Antragstellern mit höherer Schulbildung, weil diesen erfahrungsgemäß bessere Ausdrucksmöglichkeiten gegeben sind. Bei Anträgen von Soldaten und gedienten Wehrpflichtigen soll es sogar bei dem bisherigen förmlichen Anerkennungsverfahren bleiben.

Ein weiterer bedenklicher Punkt ist die vorgesehene Verlängerung des Zivildienstes, der um ein Drittel länger als der Grundwehrdienst dauern soll. Das entspricht zur Zeit einer Verlängerung um fünf Monate. Die sozialdemokratisch regierten Länder lehnen auch diesen Schritt ab, weil der Hinweis auf die Belastung der Soldaten durch Wehrübungen nicht schlüssig ist. Die tatsächliche Gesamtdauer der Wehrübungen beträgt im Durchschnitt weniger als einen Monat. Die Verlängerung des Zivildienstes in Kombination mit einem Prüfungsverfahren ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfassungsrechtlich bedenklich. Zu fordern ist vielmehr die wirkliche Abschaffung der Gewissensprüfung, wobei eine Verlängerung des Zivildienstes nur im engen Rahmen der Karlsruher Entscheidung in Frage kommen kann.

Die politische Aktualität der nächsten Bundesratssitzung wird auch durch eine Mietdebatte geprägt, die von einem Antrag Hamburgs zur Beschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu erwarten ist. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, Regelungen vorzulegen, mit denen die Länder in Ballungsräumen mit erhöhten Woh-



nungsbedarf der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wirksamer als bisher begegnen können. Seit Jahren ist in großstädtischen Ballungsgebieten aber auch in mittelgroßen Städten ein Boom an solchen Umwandlungen zu beobachten. Vor allem Mieter in Altbauten sind betroffen. In Wiesbaden sind zum Beispiel in wenigen Jahren 1.300 Wohnungen umgewandelt worden, in Berlin in drei Jahren fast 10.000, in Hamburg allein im vergangenen Jahr 2.500. Da die meisten der betroffenen Mieter weder ihre Kündigungsrechte genügend kennen, noch finanziell in der Lage sind, ihre in Wohneigentum umgewandelten Wohnungen zu kaufen, müssen sie meist ausziehen und anschließend erheblich höhere Mietbelastungen auf sich nehmen.

Die beteiligten Bundesratsausschüsse haben mit ihren von unionsregierten Ländern bestimmten Mehrheiten empfohlen, die von Hamburg beantragte Entschließung nicht zu fassen. Die sozialdemokratisch regierten Länder werden der Entschließung demgegenüber zustimmen, um ihre Auffassung zu dokumentieren, daß den umfangreichen Verdrängungen von Mietern durch Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen wirksam entgegenzutreten ist.

Von hessischer Seite werden die Beratungen des Bundesrats mit der Vorlage eines Entwurfs für ein Schwefelabgabengesetz auf den Umweltschutz gerichtet. Um die Luftverunreinigung durchgreifender und schneller zu bekämpfen, schlägt Hessen zusätzliche gesetzliche Instrumente vor. Der "saure Regen", das zunehmende Erkranken und Absterben unserer Wälder verlangen unverzüglich wirksame Gegenmaßnahmen. Deswegen bringt die hessische Landesregierung ein Schwefelabgabengesetz ein, um die dringend gebotene Verringerung der Schwefeldioxid-Emissionen rascher zu erreichen. Grundgedanke unseres Vorstoßes ist, die Luftverschmutzung durch Feuerungsanlagen in einem Maße mit einer Abgabe zu belasten, daß die Nichtanwendung von Luftreinhalte-Techniken unwirtschaftlich wird. Es soll rentabler sein, Entschwefelungsanlagen einzubauen als dies zu unterlassen. Im einzelnen ist vorgesehen,

- auf Schwefeldioxid-Emissionen aus allen Großfeuerungsanlagen eine Abgabe zu erheben,
- wobei die Höhe der Abgabe 2.000 DM je Tonne ausgestoßenen Schwefeldioxids sein soll. Dieser Betrag orientiert sich an den Kosten, die beim Einbau und Betrieb einer Rauchgasentschwefelungsanlage nach dem heutigen Stand der Technik anfallen.
- Von der Abgabe werden die Schwefeldioxidmengen befreit, die auch dann emittiert werden, wenn die beste verfügbare Reinigungstechnik angewandt wird.
- Schließlich soll das Abgabeaufkommen ausschließlich für Maßnahmen zur Verringerung von Schwefeldioxid-Emissionen über die bereits vorhandenen Techniken hinaus sowie für entsprechende Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen verwendet werden.

Die Erfahrungen mit der Abwasserabgabe zeigen, daß eine Schwefelabgabe einfach und wirksam zu erheben ist. Sie läßt der Wirtschaft Spielraum für die umweltpolitisch notwendigen Anpassungen. Ihre Einführung wird einen Innovationsschub und einen Investitionsanstoß von mehreren Milliarden DM auslösen. Nach der Begründung der hessischen Vorlage im Plenum werden sich die Beratungen in den Ausschüssen des Bundesrates anschließen. Dabei wird sich zeigen, wie ernst die allseits betonte Entschlossenheit zur Bekämpfung des Waldsterbens genommen und ob eine Mehrheit des Bundesrats am 18. März für die Einbringung eines Schwefelabgabengesetzes beim Bundestag stimmen wird.

(-/2.2.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATIONStellungnahme des SPD-Präsidiums zu den Wahlprüfsteinen des DGB

Wir Sozialdemokraten begrüßen, daß der DGB zu dieser Bundestagswahl wieder Prüfsteine formuliert hat. Denn im Kern geht es bei dieser Wahl um die Rechte, Errungenschaften und Interessen der deutschen Arbeitnehmer. Mit vollem Recht hat der DGB ja die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl "unsozial und beschäftigungspolitisch verfehlt" genannt. In der Tat: Jetzt, da der Wähler endlich das Recht erhält, sein Urteil über die Bonner Vorgänge zu sprechen, müssen gerade die organisierten Arbeitnehmer genau prüfen können, wer ihre Sache vertritt. Diese Wahl ist eine Abstimmung über die von der Rechtskoalition eingeleitete Politik: eine Politik zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommensbezieher, durch die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut, sondern verstärkt wird; eine Politik, die Umverteilung von unten nach oben betreibt und somit unmittelbar gegen die Arbeitnehmer gerichtet ist; eine Politik, die Rechte und Einfluß der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften direkt oder indirekt bekämpft; und eine Politik, die den Friedenswillen gerade der deutschen Arbeitnehmer nicht klar politisch vertritt.

Wir teilen die Grundaussagen des DGB. Das ist nicht zufällig, und es ist für uns ein wichtiger Maßstab der eigenen Vergewisserung. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind seit mehr als einem Jahrhundert Verbündete im Kampf für Arbeitnehmerrechte. Und die Unterstützung durch die organisierte Arbeitnehmerschaft ist und bleibt die stärkste Quelle unserer politischen Kraft. Dabei verwischen wir nicht, daß wir bei manchen Einzelpunkten vorsichtiger formulieren. Unser Regierungsprogramm benennt, was in der kommenden Wahlperiode machbar ist, wenn Hans-Jochen Vogel den Wählerauftrag erhält. Wir hatten streng darauf zu achten, daß keine Versprechung enthalten ist, die wir aus eigenem Verschulden würden brechen müssen.

Unsere Antwort auf die Wahlprüfsteine ist nicht lang - gerade weil in allen Grundsätzen Übereinstimmung besteht. Eine ausführlichere Darstellung enthält das auf unserem Dortmunder Parteitag am 21. Januar 1983 verabschiedete "Regierungsprogramm der SPD 1983 bis 1987".

Prüfstein 1: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Wir teilen die Meinung, daß Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zu einer Bedrohung unserer gesellschaftlichen Ordnung geworden sind, und daß alle Erfahrungen zeigen, daß konservative Rezepte - insbesondere überzogene Sparbeschlüsse - die Krise nur verschärfen.

Wir teilen die Forderung nach einer gezielten Beschleunigung des qualitativen Wachstums (wir sprechen von gezieltem Wachstum). Wir teilen die Forderung nach dem Programm für Zukunftsinvestitionen: Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 22. November 1982 einen "Beschäftigungshaushalt 1983 bis 85" vorgelegt, der in den nächsten drei Jahren ein zusätzliches Investitionsvolumen von 30 Milliarden DM mobilisieren soll. Er sieht die gleichen vorrangigen Investitionsbereiche vor wie der DGB: Energieeinsparung, Wohnungsbau und Wohnungsmodernisierung, Umweltschutz, Strukturmaßnahmen.

Wir teilen die Forderung nach einer aktiven und vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik. Wir treten ein für eine deutliche Verbesserung der beruflichen Bildung, für Bildungsurlaub, sowie für verstärkten Einsatz und Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente für Fortbildungsmaßnahmen, Integrationshilfen und - wo nötig - Umschulung.



Wir fordern darüber hinaus eine arbeitsmarktpolitische Offensive im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die - in Übereinstimmung mit dem Beschäftigungshaushalt - in der ersten Stufe 100.000 Arbeitslose in Arbeit bringen soll.

Wir teilen die Forderung nach verstärkter sozialer Beherrschung des technischen Wandels. Unsere Gesellschaft muß mehr als bisher demokratisch und politisch entscheiden können, was wachsen soll und was wir technisch haben wollen. Wir teilen die Meinung, daß dies insbesondere für die neuen Kommunikationstechniken gilt. Wir teilen die Forderung, daß das Forschungsprogramm Humanisierung der Arbeit erhalten und ausgebaut werden muß.

Arbeitszeitverkürzung: Die SPD hat hierzu bereits im vorigen Jahr konkrete Forderungen beschlossen und damit die Initiativen einzelner Gewerkschaften aufgegriffen. Mit dem DGB fordern wir den tarifpolitischen Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Richtung auf die 35-Stunden-Woche. Wir wissen dabei freilich, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß. Die Belastung unterer Einkommensgruppen kann dabei durch besondere Regelungen gemildert werden.

Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bleibt das Ziel sozialdemokratischer Politik. Sie ist jedoch nur finanzierbar, wenn den Arbeitnehmern ein höherer Rentenversicherungsbeitrag auferlegt wird; ob ihnen dies zugemutet werden kann, bedarf angesichts der zu erwartenden Einkommensentwicklung einer Prüfung im politischen Dialog mit den Betroffenen. Hierbei bitten wir die Gewerkschaften um ihre Hilfe. - Eine Herabsetzung der Altersgrenze mit versicherungsmathematischen Abschlägen lehnen wir gemeinsam mit dem DGB ab: Eine Rentenkürzung von rund 30 Prozent könnte von den meisten Arbeitnehmern nicht verkraftet werden.

Wir teilen die Forderung nach Ersetzung der Arbeitszeitordnung. Wir haben bereits im vorigen Jahr den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes im Bundestag eingebracht, das eine neue Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden festlegt und die Zahl der Überstunden begrenzt. Er wurde von der Übergangsregierung abgelehnt.

Gemeinsam mit dem DGB halten wir Initiativen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer - und nicht nur, wie bisher, der Spitzenverdiener durch steuerliche Entlastung - für sinnvoll. Sie müssen sich auf die Bezüher kleiner und mittlerer Einkommen konzentrieren und durch die Tarifvertragsparteien gestaltbar sein.

Finanzierung: Wir halten die maßvollen finanzpolitischen Konsolidierungsleistungen der Regierung Helmut Schmidt nach wie vor für richtig, und wir halten es ebenso wie der DGB für wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht, wenn der Staat Kredite aufnimmt, um Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, als wenn er es tut, um ihre Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Wir teilen die Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für die Besserverdienenden; im Finanzierungsplan für unseren Beschäftigungshaushalt haben wir zusätzlich den Verzicht auf die geplante Wiedereinführung ungerechter Kinderfreibeträge, die die höheren Einkommen begünstigen, vorgesehen, sowie eine Begrenzung der Vorteile aus dem Ehegattensplitting bei sehr gut Verdienenden. Wir teilen die Meinung des DGB, daß eine investitionsorientierte Umschichtung innerhalb der öffentlichen Haushalte angestrebt werden muß, daß allgemeine Steuersenkungen derzeit nicht angezeigt sind, daß globale Steuergeschenke für Unternehmer nicht der richtige Weg sind. Wir teilen die Meinung, daß der Mißbrauch von Steuervorteilen durch Abschreibungsgesellschaften zu unterbinden ist; hier haben wir die Vorschläge der nord-



rhein-westfälischen Landesregierung für mehr Steuergerechtigkeit übernommen. Wir werden die notwendigen Vorkehrungen dagegen treffen, daß dem Staat durch Steuerhinterziehungen weiter Milliarden verloren gehen. Wir teilen die Forderung des DGB nach unverzüglicher Verabschiedung des 1982 von Justizminister Schmude vorgelegten 2. Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Zusätzlich werden wir uns für ein generelles Verbot der Leiharbeit einsetzen.

Prüfstein 2: Demokratisierung der Wirtschaft

Zur Tarifautonomie: Die SPD wird weiter ihren entschlossenen Beitrag leisten, um alle versteckten oder offenen Angriffe auf die Tarifautonomie abzuwehren. Die SPD lehnt Lohnleitlinien ab. Sie will, wie die Gewerkschaften, eine Ächtung der Aussperrung erreichen.

Das Streikrecht muß ungeschmälert erhalten bleiben. Die Tarifvertragsparteien sollten eine Vereinbarung zur Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Funktionen und Dienstleistungen im öffentlichen Bereich abschließen. Nach Abschluß einer solchen Vereinbarung dürfen Beamte auf bestreikten Arbeitsplätzen nicht eingesetzt werden.

Einheitliches Personalrecht: Die Reformbemühungen des vergangenen Jahrzehnts haben gezeigt, daß der historische prozeß der Dreiteilung des öffentlichen Dienstes nicht ohne weiteres aufhebbar ist. Sozialdemokraten halten jedoch an dem Ziel einer Reform des öffentlichen Dienstrechts fest, in der die Beschäftigungsverhältnisse funktionsgerecht differenziert, aber nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet werden.

Mitbestimmung: Wir treten für die Verwirklichung der vollen paritätischen Mitbestimmung nach dem Modell der Montanmitbestimmung ein. Die bereits bestehende Mitbestimmung in der Montanindustrie werden wir auf Dauer sichern.

Darüber hinaus werden wir auch die Mitbestimmung in Betrieben und Behörden ausbauen, vor allem bei Fragen der Arbeitsplatzgestaltung, der technischen und sozialen Betriebsorganisation. Die richtigen Instrumente hierfür sind die Schaffung eines neuen Mitbestimmungsgesetzes und die Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes, in denen die weiteren Forderungen des DGB in geeigneter Weise zu verankern sind.

Zusätzlich muß die Mitbestimmung auch über die betriebliche Ebene hinaus entwickelt werden.

Prüfstein 3: Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Im Bereich der Altersversorgung orientieren wir uns an folgenden Leitlinien:

- Es ist ein neuer dauerhafter Ausgleich zwischen den Generationen anzustreben, der ein ständiges Hin- und Herrangieren zwischen den Sozialsystemen und dem Bundeshaushalt beendet. Ohne eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme kann in der Tat die Generationensolidarität nicht erhalten werden.
- Entsprechend dem Lohnersatzprinzip ist ein angemessenes und dauerhaft finanzierbares Verhältnis der Rente zu dem im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard zu sichern. Ausgehend von diesem Rentenniveau müssen sich die Zuwächse der Renten und die verfügbaren Arbeitnehmerinkommen parallel entwickeln.



Wir setzen uns dafür ein, daß die Kindererziehung bei der Rentenberechnung berücksichtigt wird. Allerdings ist noch nicht abzusehen, ob und wann ausreichende Steuermittel für die volle Verwirklichung des Kindererziehungsjahres für alle Frauengenerationen zur Verfügung stehen. Wir werden nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dafür eintreten, daß zunächst Unterbrechungen des Versicherungsverlaufs teilweise ausgeglichen werden, die durch Kindererziehung entstanden sind.

Gesundheitssicherung: Die SPD unterstützt die Forderung des DGB nach Ausbau der Gesundheitsvorsorge und der Krankheitsfrüherkennung.

Ungerechte Beitrags- und Leistungsunterschiede zwischen den Krankenkassen müssen beseitigt werden. Wir setzen uns für eine Anhebung der Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung ein.

Wir teilen die Forderung nach Abschaffung der Selbstbeteiligungsregelungen bei Krankenhaus- und Kurbehandlungen, ausgenommen für Bagatellarzneimittel. Die Forderung nach Schaffung eines unabhängigen, gemeinsamen sozialärztlichen Dienstes unterstützen wir.

Familienförderung: Wir unterstützen hier die Forderungen des DGB. Wir wollen einen Elternurlaub mit Arbeitsplatzsicherung einführen: Mütter und Väter sollen nach der Geburt des Kindes für eine bestimmte Zeit ihre Berufstätigkeit unterbrechen oder auf Teilzeitbeschäftigung überwechseln können. Bei der Kindergeldregelung halten wir selbstverständlich an dem von uns durchgesetzten Gesetz aus dem Jahre 1975 fest, das die Kinderfreibeträge durch das einkommensunabhängige Kindergeld ersetzt. Das sogenannte Familiensplitting, das höhere Einkommen stärker begünstigt, lehnen wir strikt ab.

Was die Ausbildungsförderung betrifft, so hat Hans-Jochen Vogel zugesagt, den von der Übergangsregierung vollzogenen Abbau der BAföG-Leistungen innerhalb der ersten 100 Tage seiner Regierungszeit zu korrigieren.

Miet- und Bodenrecht: Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in Übereinstimmung mit den Forderungen des DGB alle von der neuen Koalition herbeigeführten Verschlechterungen des sozialen Mietrechts unverzüglich rückgängig machen.

Wir unterstreichen die Forderung des DGB, die soziale Bindung öffentlich geförderter Wohnungen zu erhalten und den sozialen Wohnungsbau zu stärken.

Was das Bodenrecht betrifft, so werden wir die von der neuen Koalition zurückgenommene Baulandnovelle wieder einbringen und die Grunderwerbssteuer so ändern, daß nicht die Käufer teurer Immobilien begünstigt werden.

Prüfstein 4: Frieden und Entspannung

Die SPD kann hier alle Forderungen des DGB nicht nur akzeptieren; sie trägt sie aus eigener Überzeugung. (-/2.2.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

